

Märkischer Sprecher

Bezugspreise: 10 Mark 2 Hl. und 10 Hl. Mengen für die Zeit vom 2. April bis 10. Mai 1919 (im voraus zahlbar) ins Haus geliefert; durch die Post für den Versand (abwärts) ins Postfeldgeld besonders. — Für unregelmäßige Einlieferungen beträgt die Strafbefreiung nicht. Abporto ist beizulegen. — Gerechtigkeiten 11—12 Hl. je Form, und von 4—5 Hl. nachw. im Falle von höherer oder niedriger Ausbeute. — Verlieferung hat der Besitzer seinen Abporto zu übernehmen. — Verlieferung des Blattes oder auf Abrechnung des Bezugspreises.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck: Buchdruckerei Wilsch, Stempel, Kommanditgesellschaft Bochum.
Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125.
Postsekonto Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Buddenbergstr. 4, Fernsprecher 125.

Flusskrebstreife: Die 7 mm breite Sella in 1 mm Höhe im Dritt-
viertel der 12 mm breiten 7 Colobigen, flammfaltenartigen u. Stiellose
12 Colobigen u. 12 Colobigen, die 7 mm breite Reflamelle in 1 mm Höhe
für die Aufnahme von Muscheln an vorgelagerten Tagen und
Belastung wird keine Gewähr übernommen. - Bei ansonsten
zufälligen wird der bemittelte Absatz für die 12 Colobigen in 1 mm
Höhe von Muscheln abends 8 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr

Pr. 38.

Mittwoch, den 7. Mai 1924.

96. Jahrgang.

Das amtliche Wahlergebnis.

471 Reichstagsabgeordnete gewählt. — 29 257 116 gültige Stimmen abgegeben.

Reichstagswahl und Regierungsbildung.

Man braucht kein vielgeschmähter Mittelparteier zu sein, um sich dessen zu freuen, daß die beiden Flügelparteien — denn als solche sah man im Volke trotz lebhaften Protestes der Wählerleute die Billigsten und die Kommunisten an — zusammen keine Mehrheit im Reichstag errungen haben. Erst noch sogar die vorläufig noch unwahrscheinliche große Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Vereinigten Sozialdemokraten unmöglich geworden. Die beiden Flügel haben es auf zusammen etwa 26 Prozent der Reichstagsstimme gebracht (94 Mandate). Ungefähr ebensoviel hat jede der beiden Nachbarparteien (Deutschnationale u. Sozialdemokraten) zu verzeichnen. Würde man also die kleinen Mittelgruppen (Wirtschaftspartei, Bayerische Volkspartei, Bauernbund, Deutsch-Hannoverscher und einige andere) als Verstärkung einer Regierungskoalition ansehen, so hätten sowohl der Bürgerblock von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten wie auch eine Koalition von der Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten Aussicht, mehr als die Hälfte der Stimmen des Reichsparlamentes hinter sich zu haben. Wir haben bereits gestern betont, daß die Entgeißelung über das Zustandekommen einer bürgerlichen Regierung bei den Deutschnationalen liegt. Jedenfalls ist es vorzeitig, wenn davon gesprochen wird, daß der Reichspräsident die Wicht hege, einen Sozialdemokraten mit der Kabinetsbildung zu betrauen. Erstens wird das amtliche Wahlergebnis erst in 14 Tagen festgestellt sein, und dann ist es selbstverständlich, daß der Reichspräsident vor seiner Entgeißelung erst einmal die Haltung der Parteien kennen lernt. Zu einer Regierungsbildung gehört aber mehr als eine allgemeine theoretische Möglichkeit. Es muß ein Mann da sein, der sie durchführt. An sich ist es kein absoluter Hinderungsgrund, wenn eine Partei einer anderen im Wahlkampf Unfreundlichkeiten gesagt hat. Darum würde z. B. die Auseinandersetzung zwischen Stresemann und dem Sozialdemokraten Solmann nicht grundsätzlich die Wiederkehr einer großen Koalition unter Stresemann oder Marx-Führung ausschließen. Selbst die Tatsache, daß die Demokraten und das Zentrum im November vorigen Jahres die Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierungskoalition abgelehnt haben, ist kein unbedingt Beweis dafür, daß die beiden Mittelparteien im Mai von der gleichen Erbittertheit befreit sein würden. Die Neigung zum Zusammengehen wäre dann wohl weniger auf die Jahreszeit als vielmehr auf die bevorstehende Entgeißelung des Reparationsproblems zurückzuführen. Wir würden in der Tat von allen Möglichkeiten, uns mit dem Reparationsgutachten der Sachverständigen auseinanderzusetzen, die schlechtesten wählen, wenn wir uns Unfähigkeit, ein geschäftsfähiges Ministerium zustande zu bringen, weber „ja“ noch „nein“ sagten.

Es muß nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen also als möglich bezeichnet werden, daß mit einigen Schwierigkeiten und vielleicht auch erst nach vergeblichen Anläufen die Regierungsbildung gelingt. Wie die neue Regierung aussehen wird, ob wir tatsächlich eine große bürgerliche Koalition bekommen, hängt, wie gesagt, von den Deutsch-nationalen ab. Vielleicht wird das kommende Reichskabinett sich zu einer Entscheidung in der Reparationsfrage aufraffen. Da aber jede Entscheidung unseres Volkes im Gefolge hat, droht den Teilnehmern an der Regierungskoalition die dardige „Rache der Wähler“. Denn daß der am 4. Mai gewählte Reichstag nicht wie sein Vorgänger seine verfassungsmäßigen 4 Jahre leben wird, erscheint kaum zweifelhaft. Wer sich jetzt zur Teilnahme an der Regierung bereit erklärt, setzt also — mehr oder weniger — sein Leben aufs Spiel. Es muß sich jetzt zeigen, in welchen Parteien der Wille, dem deutschen Volk zu dienen, größer ist als die Organisationsbegier. Darum ist die Möglichkeit durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß Ende Mai erst einmal ein Unterhandlungskabinett gebildet wird und daß dann, wenn die außenpolitische Lage eine ungünstige Entwicklung nimmt, ein abgemessener Appell an das Volk erforderlich wird. Diesmal haben die Wahlen nicht unter einer klaren Parole gestanden. Die Frage, ob das Sachverständigen-gutachten in der vorliegenden Form zum Beschluß erhoben werden darf, ist von keiner Partei außer den Fügelparteien aufgeworfen und beantwortet worden. Insbesondere hat niemand gewagt, den Plan im ganzen und in allen Teilen zu billigen. Alle Parteien, die für die kommende Regierungsbildung in Betracht kommen, hoffen, daß sie gewisse grundlegende Verbesserungen oder Ergänzungen durchdrücken können. Wahrscheinlich wird dann, wenn — vielleicht im Juni — die internationale Reparationskonferenz abgehalten wird, über welche sich Preuss und MacDonald Ende voriger Woche bei ihrem Zusammensein in Chequers geeinigt zu haben scheinen, — in Deutschland der aus dem Juni 1919 her bekannte Streit wieder entbrennen, ob wir wieder etwas unterschreiben dürfen, was in seiner Erfüllungsbareit zum mindesten nicht

klar erkennbar ist. Der jetzt gewählte Reichstag erscheint, solange wir keine genügend tragfähige Regierungsmehrheit haben, jedenfalls unfähig, eine großzügige Politik auf weite Sicht zu führen bzw. zu fügen.

Das Ergebnis.

Berlin, 6. Mai.
Von amtlicher Seite wurde in Berlin um 1,30 Uhr
nachmittags folgendes Ergebnis der Reichstagswahl
angegeben:

	Stimmen	Sitze
Deutschnationale Volkspartei	5 755 609	96
Deutsche Bauernpartei	2 642 843	44
Zentrum	3 899 022	65
Demokraten	1 657 451	28
Ver. Sozialdemokrat. Partei	5 973 770	100
Kommunisten	3 712 101	62
Bayrische Volkspartei	941 982	16
Bayrischer Bauernbund	683 093	10
Deutschn. Hannoverscher	318 451	5
Böhmisch-Sozialer Block	1 917 578	32
Landliste u. Nationalf. Vereinig.	568 268	9
Deutschn. Sozial. (Künze)	338 356	4

Eine Veröffentlichung dieses Ergebnisses ist heute abend im Reichsanzeiger erschienen.

Der Zusammentritt des neuen Reichstags.

TU. Berlin, 6. Mai. Bezüglich der Einberufung des neuen Reichstages, die durch den Reichstanzler zu erfolgen hat, ist, wie die Telegraphen-Station aus parlamentarischen Kreisen erfährt, noch feinerer Entscheidung erfolgt. Es ist aber anzunehmen, daß der Reichstag im letzten Drittel des M. a. zusammenzutreten wird. Am ersten Sitzungstage wird unter Leitung des Alterspräsidenten der Aufruf der Abgeordneten erfolgen, während auf der Tagesordnung der zweiten Sitzung die Wahl des Präsidenten steht. Durch die starke Beteiligung an den Wahlen hat sich die Zahl der Abgeordneten um mindestens 10 vermehrt. Infolgedessen müssen neue Plätze in den Reichstagsgebäude eingebaute werden. Die Entscheidung über die Platzbestellung im Sitzungssaal ist noch nicht getroffen. Die einzelnen Fraktionen werden, sobald die endgültigen Zahlen vorliegen, aufgefordert werden, ihre Wünsche hinsichtlich der Platzbestellung zu äußern. Sie werden nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Die Deutschvölkischen werden voraussichtlich hinter den Plätzen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums ihre Plätze einnehmen. Mit der Wahl des neuen Reichstages sind die Rechte der alten Reichstagsabgeordneten erledigt. Auch die Freischaftsine galten nur noch bis zum Tage der Reichstagswahl. Der Auswärtige Ausschuss und der Sparauschuss bestehen formell weiter bis zum Zutritt des neuen Reichstages. Letzterer regelt die Befugnisse des bisherigen Reichstagsausschusses bis zum gleichen Tage noch fort. Am ersten Einberufung des alten Auswärtigen Ausschusses ist jedoch nicht mehr zu denken. Der Sparauschuss wird aber Mittwoch, 7. Mai, noch einmal zu einer Sitzung zusammenzutreten. In ihm befinden sich auch einige Herren, die nicht weitergewählt worden sind.

Doppelt gewählte Abgeordnete der Deutschen Volkspartei.

Dr. Stresemann, der außer in seinem Wahlkreise auch auf der Reichsliste der Deutschen Volkspartei an erster Stelle aufgestellt worden ist, wird das Mandat der Reichsliste annehmen. Danach ist die Wahl des Herrn v. Kardorff im Wahlkreise III gesichert. Professor Dr. Kahl wird das Mandat auf der Reichsliste annehmen. Der Abgeordnete Heyß ist sowohl in Koblenz-Erzer wie in Hesse-Nassau gewählt und wird das Mandat in Koblenz-Erzer annehmen, jedoch in Hesse-Nassau dem bisherigen Abgeordneten Seibert ein Mandat zufällt. Auch der Abgeordnete Wehbiß ist doppelt gewählt, und zwar in Thüringen und in Hannover-Ni. Er wird das hannoversche Mandat übernehmen, jedoch in Thüringen das zweite Mandat der Deutschen Volkspartei auf Frau Dr. Hausen übergehen.

Die Reichstagswahlen in der Nachbarschaft.

indien-Dahlhausen. Dem. 127 (1920: 26), B. Soz.
2367 (2729), Polen 169, Deutschf. 55, Sent.
2076 (1919), Häuserb. 21, Deutsche Volksp. 1132
(1455), Christlichf. Volksp. 142, Komm. 2856,
Nat. Freiheitsp. 23, Unabh. 72, (2513), Deutsch-
nat. 873 (424), Böfl. Bloch 72, Böfl.-Sozialer
Bloch 352.

Durchf. Dem. 37, B. Soz. 236, Polen —, Deutsch-
Soz. 7, Zentr. 6, Häuserb. —, Deutsche Volksp.
65, Christl.-Soz. 2, Komm. 57, Nat. Frei. 1, U.
S. P. D. 5, Deutschnat. 58, Böfl. Bloch 3, Böfl.
Soz. Bloch 18.

Häuserb. Dem. 48, U. S. P. D. 232, Deutschf. Soz.
8, Zentr. 99, Deutsche Volksp. 177, Christl.-S. 6,

Komm. 176, Nat. Freiheit 2, U. S. B. D. 9
 Deutschnat. 60, Böll. Blod 18, Böll.-Soj. VI. 48
 Westerbekke. Dem. 20, U. S. B. D. 307, Polen 1
 Deutsch-Soj. 16, Zentr. 128, Häuserb. 6, Deutsch
 Volksp. 221, Christl.-Soj. 6, Komm. 215, Nat.
 Freth. 6, U. S. B. D. 9, Deutschnat. 121, Böll.
 Blod 18, Böll.-Soj. Blod 78.

Bormholz. Dem. 30, B. S. P. D. 267, Deutsch.
Holz. 4, Zentr. 6, Deutsche Volksp. 75, Komm.
126, Nat. Freih. 2, U. S. P. D. 12, Deutsch.
nat. 28, Böll. Blod 4, Böll.=Soz. Blod 42.

Sattingen. Bei der Reichstagswahl wurden in der Stadt Sattingen gewählt: Dem. 250, V. S. P. 1103, Polen 16, Deutschsoz. 31, Zentr. 1017, Häußerb. 1241, Christl. Soz. Volksg. 28, Komm. 2184, Nat. Freiheitsp. 4, Unabh. 71, Deutsch-nat. 861, Bistf. Bloed 68, Wiltfisch-Soz. Bloed 469.

Königsfeele. Dem. 127, V. S. P. D. 1193, Polen 73, Deutsch-S. 60, Zentr. 3026, Häußerb. 8, Deutsche Volksp. 881, Christl. Soz. 720, Komm. 1690, Nat. Freih. 24, U. S. P. D. 45, Deutschnat. 483, Bistf. Bloed 70, Wiltf. Soz. Bloed 141.

Söbingen. Deutschnat. B. 356, Deutsche Volksp. 98, Deutschberr. P. 26, Zentr. 784, Bött. Bld. 7, Bött. Soz. Bld. 6, Nat. Freiheitsp. 6, Deutsch-Soz. P. 17, Christlich-Soz. Volksp. 32, Häuserb. 2, Polen 230, Soz. P. 451, U. Soz. P. 47, Komm. 1181. — Abgegebene Stimmen 3370, ungültige Stimmen 117.

Gelsenkirchen-Land. Deutschdem. P. 1091, B. S. P.
D. 7714, Polen 1786, Deutsch-Soz. P. 223, Zentr.
16 324, Säuerb. 71, Deutsche Volksp. 8634,
Christl.-Soz. Volksg. 1246, Komm. 22 959, Nat.
Freiheitsp. 112, U. S. P. D. — Deutschnat.
P. 1114, 1116, 1117, 1118, 1119, 1120, 1121, 1122, 1123, 1124, 1125, 1126, 1127, 1128, 1129, 1130, 1131, 1132, 1133, 1134, 1135, 1136, 1137, 1138, 1139, 1140, 1141, 1142, 1143, 1144, 1145, 1146, 1147, 1148, 1149, 1150, 1151, 1152, 1153, 1154, 1155, 1156, 1157, 1158, 1159, 1160, 1161, 1162, 1163, 1164, 1165, 1166, 1167, 1168, 1169, 1170, 1171, 1172, 1173, 1174, 1175, 1176, 1177, 1178, 1179, 1180, 1181, 1182, 1183, 1184, 1185, 1186, 1187, 1188, 1189, 1190, 1191, 1192, 1193, 1194, 1195, 1196, 1197, 1198, 1199, 1200, 1201, 1202, 1203, 1204, 1205, 1206, 1207, 1208, 1209, 1210, 1211, 1212, 1213, 1214, 1215, 1216, 1217, 1218, 1219, 1220, 1221, 1222, 1223, 1224, 1225, 1226, 1227, 1228, 1229, 1230, 1231, 1232, 1233, 1234, 1235, 1236, 1237, 1238, 1239, 1240, 1241, 1242, 1243, 1244, 1245, 1246, 1247, 1248, 1249, 1250, 1251, 1252, 1253, 1254, 1255, 1256, 1257, 1258, 1259, 1260, 1261, 1262, 1263, 1264, 1265, 1266, 1267, 1268, 1269, 1270, 1271, 1272, 1273, 1274, 1275, 1276, 1277, 1278, 1279, 1280, 1281, 1282, 1283, 1284, 1285, 1286, 1287, 1288, 1289, 1290, 1291, 1292, 1293, 1294, 1295, 1296, 1297, 1298, 1299, 1300, 1301, 1302, 1303, 1304, 1305, 1306, 1307, 1308, 1309, 1310, 1311, 1312, 1313, 1314, 1315, 1316, 1317, 1318, 1319, 1320, 1321, 1322, 1323, 1324, 1325, 1326, 1327, 1328, 1329, 1330, 1331, 1332, 1333, 1334, 1335, 1336, 1337, 1338, 1339, 1340, 1341, 1342, 1343, 1344, 1345, 1346, 1347, 1348, 1349, 1350, 1351, 1352, 1353, 1354, 1355, 1356, 1357, 1358, 1359, 1360, 1361, 1362, 1363, 1364, 1365, 1366, 1367, 1368, 1369, 1370, 1371, 1372, 1373, 1374, 1375, 1376, 1377, 1378, 1379, 1380, 1381, 1382, 1383, 1384, 1385, 1386, 1387, 1388, 1389, 1390, 1391, 1392, 1393, 1394, 1395, 1396, 1397, 1398, 1399, 1400, 1401, 1402, 1403, 1404, 1405, 1406, 1407, 1408, 1409, 1410, 1411, 1412, 1413, 1414, 1415, 1416, 1417, 1418, 1419, 1420, 1421, 1422, 1423, 1424, 1425, 1426, 1427, 1428, 1429, 1430, 1431, 1432, 1433, 1434, 1435, 1436, 1437, 1438, 1439, 1440, 1441, 1442, 1443, 1444, 1445, 1446, 1447, 1448, 1449, 1450, 1451, 1452, 1453, 1454, 1455, 1456, 1457, 1458, 1459, 1460, 1461, 1462, 1463, 1464, 1465, 1466, 1467, 1468, 1469, 1470, 1471, 1472, 1473, 1474, 1475, 1476, 1477, 1478, 1479, 1480, 1481, 1482, 1483, 1484, 1485, 1486, 1487, 1488, 1489, 1490, 1491, 1492, 1493, 1494, 1495, 1496, 1497, 1498, 1499, 1500, 1501, 1502, 1503, 1504, 1505, 1506, 1507, 1508, 1509, 1510, 1511, 1512, 1513, 1514, 1515, 1516, 1517, 1518, 1519, 1520, 1521, 1522, 1523, 1524, 1525, 1526, 1527, 1528, 1529, 1530, 1531, 1532, 1533, 1534, 1535, 1536, 1537, 1538, 1539, 1540, 1541, 1542, 1543, 1544, 1545, 1546, 1547, 1548, 1549, 1550, 1551, 1552, 1553, 1554, 1555, 1556, 1557, 1558, 1559, 1560, 1561, 1562, 1563, 1564, 1565, 1566, 1567, 1568, 1569, 1570, 1571, 1572, 1573, 1574, 1575, 1576, 1577, 1578, 1579, 1580, 1581, 1582, 1583, 1584, 1585, 1586, 1587, 1588, 1589, 1590, 1591, 1592, 1593, 1594, 1595, 1596, 1597, 1598, 1599, 1600, 1601, 1602, 1603, 1604, 1605, 1606, 1607, 1608, 1609, 1610, 1611, 1612, 1613, 1614, 1615, 1616, 1617, 1618, 1619, 1620, 1621, 1622, 1623, 1624, 1625, 1626, 1627, 1628, 1629, 1630, 1631, 1632, 1633, 1634, 1635, 1636, 1637, 1638, 1639, 1640, 1641, 1642, 1643, 1644, 1645, 1646, 1647, 1648, 1649, 1650, 1651, 1652, 1653, 1654, 1655, 1656, 1657, 1658, 1659, 1660, 1661, 1662, 1663, 1664, 1665, 1666, 1667, 1668, 1669, 1670, 1671, 1672, 1673, 1674, 1675, 1676, 1677, 1678, 1679, 1680, 1681, 1682, 1683, 1684, 1685, 1686, 1687, 1688, 1689, 1690, 1691, 1692, 1693, 1694, 1695, 1696, 1697, 1698, 1699, 1700, 1701, 1702, 1703, 1704, 1705, 1706, 1707, 1708, 1709, 1710, 1711, 1712, 1713, 1714, 1715, 1716, 1717, 1718, 1719, 1720, 1721, 1722, 1723, 1724, 1725, 1726, 1727, 1728, 1729, 1730, 1731, 1732, 1733, 1734, 1735, 1736, 1737, 1738, 1739, 1740, 1741, 1742, 1743, 1744, 1745, 1746, 1747, 1748, 1749, 1750, 1751, 1752, 1753, 1754, 1755, 1756, 1757, 1758, 1759, 1760, 1761, 1762, 1763, 1764, 1765, 1766, 1767, 1768, 1769, 1770, 1771, 1772, 1773, 1

Bärnis. Deutschnat. V. 281, Deutsche Volksp. 161, Deutschdem. Partei 20, Centr. 947, Volk. Blocl 10, Volk.-soz. Blocl 11, Nat. Freiheitsp. 3, Deutsch.-soz. P. 8, Christl.-soz. Volksg. 2, Häuserp. 2, Polen 164, Soz. P. 719, II. Soz. P. 71, Komm 736 —

Abgegeben: Stimmen 3218, ungült. Stimmen 65.
Wanne. Dem. 330, S. P. D. 920, Polen 219, Deutsch-
 Soz. P. 60, Zentr. 2429, Küsther. 19, Deutsche
 Volkspartei 1729, Christl.-Soz. 452, Komm. 3374,
 Nat. Freiheitsp. 30, U. S. P. 11, Deutschnat.
 1776, Volk. Blocl. 54, Böfl.-Soz. Blocl. 126.

Pressfestimmen zur Wahl.

der Inflationszeit zum Teil zusammenge-
 und die Partei hat erst in den letzten Mo-
 naten einen kleinen Aufschwung erlebt.

langen können, die Organisation wieder neu aufzubauen. Wir werden bald vor neuen Reichstagsabwahlen stehen, zum mindesten vor den Landtagsabwahlen in Preußen. Dabei wird sich die volle Lebenskraft der Partei zeigen. Die Partei wird sicher nicht ärgern, die vielen Schäden der Organisation zu beseitigen, die sich in dem Wahlkampf gezeigt haben. Vor allem aber wird es auch dafür sorgen, daß ihre Politik in den weitesten Kreisen der Bevölkerung besser verstanden wird. Es hat sich im Wahlkampf an Unzweckem nicht gefehlt, daß dies Verständnis gewachsen ist. Ein Wort noch über die internationalistische Vereinigung. Sie hat über die größten Seilmittler verfügt und ist im Wahlkampf aufgetreten wie eine Partei, die den Wettbewerb im großen aufnimmt. Der Ausfall der Wahlen ist aber für sie kläglich, es im ganzen Reiche auf Grund eigener Listen auf vielleicht 20 000 Stimmen gebracht. Möglich, daß es zu einem oder zwei Mandaten bringt, dann verliert es sein Lebhaftigkeits vom Lande, der in freundlicher Weise seine Reichskasse zur Verfügung gestellt hat.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ urteilt: Die bisher bekannt gewordenen Zahlen lassen erwarten, daß die allgemeine Erwartung über den Wahlausfall sich bestätigt hat und daß die radikalen Flügel überhand genommen sind. Immerhin ist diese Stärkung nicht so, daß die Bildung einer auf kräftiger Mehrheit beruhenden Regierung irgendwem in Frage gestellt wäre. Aber es ist doch bezeichnend, daß zu den alten Parteien noch neue hinzutreten sind, die bei den letzten Wahlen noch garnicht oder nur in bescheidenen Ansätzen vorhanden waren, und die jetzt eine Stimmenzahl auf sich vereinigt haben, die nicht erwarten läßt, daß sie so schnell wieder verschwinden. Wir meinen die Deutschbaltischen und die Kommunisten. Mit beiden wird man als mit unbefähigten Oppositionsparteien zu rechnen haben. Was die übrigen Parteien anbetrifft, so wird es darauf ankommen, wie sie zusammenstehen. Für selbstverständlich halten wir den Eintritt der deutschnationalen in die Regierung. Es ist selbstverständlich, daß mit diesem Eintritt die Frage einer Beteiligung der Sozialdemokraten an der Kabinettsbildung erliegt sein würde. Damit kann man einverstanden sein. Es ist also darauf hinzuwirken, die große Koalition der bürgerlichen Parteien von rechts bis zu den Sozialdemokraten schließlich zu bilden.“

Zum Ergeßs der Reichstagswahlen äußert sich
 der „Bayerische Kurier“ daß auch im
 neuen Reichstage die alte Not der politischen Zerrissen-
 heit des deutschen Volkes einjagte. Auch die neue Zeit-
 erbe im Zeichen der Kompromisse stehen. Die Mün-
 chener „Allgemeine Abendzeitung“ dagegen
 richtet von einem neuen nationalen Zug. Das Blatt
 sieht, daß die Verantwortlichkeit gerade der Politiken im
 Reichstage außerordentlich groß sei. Denn die Kräfte an

in der Hand, eine nationale Regierung zu ermöglichen oder aber die Parteien der Mitte wieder in die Arme des Marxismus zu treiben.

Weitere ausländische Meinungen zur Wahl

Die Partier Zeitschrift „Journée Industrielle“ weist in ihrer Betrachtung auf die Bedeutung der Reichstagswahlen für das Reparationsproblem hin und fragt, ob das Ergebnis die Lage schwieriger gestaltet habe. Das Blatt der französischen Schwerindustrie bekennt diese Frage und schreibt: Wir glauben das nicht, weil die deutsche Reparationspolitik seit vier Jahren dem Einfluß der Nationalisten entzogen war und weil die Annahme oder Ablehnung Deutschlands in dieser Frage nicht von politischen, juristischen oder sentimentalsten Erwägungen abhängt, sondern von einer Ausbalanzierung der Notwendigkeiten und der Chancen, endlich, weil in Deutschland wie in anderen Ländern nur nationale Parteien es sind, die der öffentlichen Meinung gewisse Konzeptionen oder Verzichte nationaler Art annehmbar machen könnten.

Die gestrige Londoner Morgenpresse, die nochmals zu den deutschen Wahlen Stellung nimmt, beschäftigt sich besonders mit der Frage, welche Rückwirkung das Ergebnis auf die Annahme des Sachverständigenberichts durch Deutschland haben werde

Während „Daily Mail“ aufgrund eines Telegramms ihres Berliner Vertreterstatters das Wahlergebnis als ungünstig für die Alliierten bezeichnet, verkündet **Daily Express** in Fretburg: „Deutschland stimmt für Reparationen.“ Westminster **Gazette** schreibt: Die Mehrzahl der Mitglieder im neuen Reichstag sei für Annahme des Sachverständigenberichts. Von der Haltung der Deutschnationalen hänge das Gesamtergebnis der Verhandlungen ab. Wenn sie bei der Haltung verharren, die sie während der Wahl eingenommen hätten, dann könne keine Aussicht auf eine Regelung ausgehen werden. **Daily Chronicle** hält es keineswegs für sicher, daß die Rechte den Sachverständigenbericht ablehnen werde, aber wenn sie nicht bald dazu Stellung nehme, so sei eine ungünstige Mitwirkung auf die französischen Vahlen zu befürchten. **The Times** meint im Anschluß an ein Telegramm ihres Berliner Vertreterstatters, das Ergebnis der deutschen Wahlen sei keineswegs ermutigend für die Leute, die auf eine baldige Regelung des Reparationsproblems gehofft hätten. Die Schritte der Nationalisten und Kommunisten müsse als ein Schlag ins Gesicht des Dawes-Ausschusses angesehen werden. Der Erfolg der extremen Parteien auf der Rechten und Linken auf Kosten der Gemäßigteren sei lange vorausgesehen worden. Seine Größe sei überraschend und etwas beunruhigend. Ein Scheitern des Werkes der Sachverständigen würde jede Hoffnung beenden, daß Deutschland dem drohenden Ruin entgehen könne. **Daily News** glaubt, daß im neuen Reichstage eine Mehrheit für Annahme des Sachverständigenberichts vorhanden sein werde, wenn auch die notwendige Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen nicht sicher sei. Wenn die extremen Nationalisten und Kommunisten sich an dem Kampfe gegen den Sachverständigenplan verbünden würden, würden die Aussichten allerdings dunkel sein. Das Blatt hofft, daß auch die lauteften Chauvinisten im Reichstag nicht durch unvernünftigen nationalen Eigensinn Deutschlands ausschäre die Entwicklung aufhalten werden, wo die alliierte Politik eine Schwentung nach einer vernünftigen Richtung mache.

Das Ergebnis des Landtagswahlen in der Pfalz

TU. München, 6. Mai. Das amtliche vorläufige Ergebnis über die Landtagswahlen in der bayerischen Pfalz lautet wie folgt:

	Stimmen	Sitze
Sozialdemokraten	80 728	3
Deutscher Block	20 968	—
Kommunisten	12 641	1
Nationale Rechte	80 589	3
Kartoffel	3 536	—
Häcker-Bund	—	0
Bayerische Volkspartei	61 104	2
Zentrum	31 690	1
Völkischer Block	15 683	—

Der Volksentscheid über die Aenderung der bayerischen Verfassung, hat in der Pfalz folgendes Ergebniss gehabt: Mit Ja stimmten 24 381, mit Nein 223 352 Wähler.

Der Streitfall mit Rußland.

In der Unlegenheit der Hausfuchung bei der russischen Handelsvertretung in Berlin hat der russische Botschafter Kreffzinski dem Außenministerium eine Note überreicht mit denselben Beschuldigungen, wie sie schon durch den amtlichen russischen Draht erhoben worden sind. Die Darstellung des Sachverhalts in dieser Note widerspricht im übrigen der Darstellung in der Bernalnote des deutschen Auswärtigen Amtes, wonach die ersten Beamten tatsächlich von Angehörigen der russischen Handelsvertretung von der Verfolgung dieser Bogenhardt zurückgehalten wurden. Deutshes, daß ein Nach auf Exterritorialität, welches die russische Note für den Untersunksort der russischen Handelsvertretung in Berlin in Anwendung nimmt, hier in Frage komme. Es steht nur dem Botschafter der russischen Vertretung eines fremden Staates zu. Und wenn die Sowjetregierung diese Kommerz-Fähigkeit als eine Staatsangelegenheit auffaßt, so hat Deutschland keineswegs nötig, diese Meinung anzunehmen. Es hält sich mit

Grundzüge. Im übrigen besteht wohl Hoffnung auf Beilegung des Konflikts.

Der russische Botschafter Strenski, der nach Moskau zu reisen beabsichtigt, wird zunächst noch die Ankunft des in Rom weilenden Chefs der Handelsdelegation, Stomontakow, abwarten.

Von den in der russischen Handelsvertretung politisch festgenommenen Personen sind 7 dem ausländischen Richter vorgeführt worden. Gegen 5 von ihnen hat der Richter den Haftbefehl erlassen; die zwei anderen sind aus der Haft entlassen worden.

Bei der Durchsicht der russischen Handelsvertretung sind u. a. Flugblätter gefunden worden, die für eine Agitation unter den Angehörigen der Reichswehr und den Beamten der Schutzpolizei, der zum Anschluß an die kommunistische Bewegung aufgefordert werden, bestimmt sind.

Gleichgewicht im Posthaushalt.

Erklärungen des Postministers Höpfe im Verwaltungsrat.

TU. Berlin, 6. Mai. Heute vormittag ist der Verwaltungsrat der Reichspost zu seiner 1. Sitzung zusammengetreten. Er hat zunächst die Aufgabe, sich eine Geschäftsordnung zu geben und dann den Haushalt der Reichspost für 1924 zu verabschieden. Auf der Tagesordnung steht ferner noch eine Vorlage über die Erhöhung und Verringerung der Zeitungsgebühren. Minister Dr. Höpfe eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache. Er erläuterte im einzelnen das Postfinanzgesetz, auf Grund dessen der Verwaltungsrat einberufen ist und schloß die Sitzung mit der Feststellung, daß die Postverwaltung die Aufgabe der Reichspost zu erfüllen hat, die Entwicklung der Reichspost zu fördern und die Postverwaltung zu verbessern. Der Postminister erklärte, daß die Postverwaltung die Aufgabe der Reichspost zu erfüllen hat, die Entwicklung der Reichspost zu fördern und die Postverwaltung zu verbessern. Der Postminister erklärte, daß die Postverwaltung die Aufgabe der Reichspost zu erfüllen hat, die Entwicklung der Reichspost zu fördern und die Postverwaltung zu verbessern.

Die interalliierte Konferenz.

Zusammentritt voraussichtlich Anfang Juni.

tu. London, 6. Mai. Während man damit rechnet, daß die interalliierte Konferenz über die Anwendung des Dawesplanes Anfang Juni zusammentreten wird, befaßt man sich auch schon damit, den dadurch noch ausstehenden wichtigen Fragen unter den Alliierten, insbesondere der Behandlung der Vorschläge der Amerikaner für ihre Besatzungskosten und der Verteilung der französischen französischen Einnahmen aus der Ruhrbesetzung gerecht zu werden. Zu diesem Zweck dürfte bald nach Anwendung des Dawesplanes eine Konferenz der Ententefinanzminister stattfinden. Weitere politische Kreise Englands, namentlich die Arbeiterpartei, wünschen, daß Ramsay MacDonald neutrale Länder, deren finanzielle und technische Mitwirkung bei der Ausführung des Dawesplanes erforderlich sei, zur Teilnahme an einer interalliierten Konferenz zur Lösung der Reparationsfrage und zum Wiederaufbau Europas herangezogen werden.

Belgiens Fühlungnahme in London.

London, 6. Mai. Wie Reuters erfährt, ist über den Inhalt der englisch-belgischen Unterredungen, die während des Wochenendes stattfanden, keine amtliche Mitteilung ausgegeben worden. Es sei lediglich bekannt, daß die Zusammenkunft außerordentlich befriedigend verlief. Andererseits aber sei klar, daß England und Belgien keine endgültigen Beschlüsse fassen über Fragen, an denen noch zwei andere Parteien interessiert seien. In maßgebenden Londoner Kreisen besteht der Wunsch, daß die interalliierte Konferenz, sofern sie für zweckdienlich angesehen werde, so bald wie möglich stattfinden. Eine endgültige Regelung werde aber nicht eher getroffen, bevor nicht die belgischen Minister am 8. Mai in Mailand mit Mussolini zusammengetroffen und die Ergebnisse der französischen Wahlen bekannt seien. Vielleicht würden die belgischen Minister zwecks weiterer Unterredungen mit Poincaré in Paris einen neuen Besuch abtun.

Ein Gedentag aus Beethovens Leben.

Dr. J. Schwormann.

Das an musikalischen Gedächtnistagen reiche Jahr 1924 hat auch eines bedeutsamen Tages aus Beethovens ereignisvoller Schaffenszeit zu erinnern. Heute sind 100 Jahre im Zeitenlauf verschwunden seit die neuente Symphonie und Teile aus der Missa solemnis zum ersten Male in der Öffentlichkeit erklangen. Wir Menschen von heute, die wir uns schon so oft und immer wieder vor der unerreichten Größe und erhabenen Höhe dieser letzten Offenbarungen eines vereinzelt gebliebenen Geistesheroen erkennen und erschauern gebührt haben, vermögen nur schwerlich all die Widerstände zu fassen, die der Anerkennung dieser Gipfelfunktion entgegenstehen.

Das Jahr 1823 ging zu Ende, schon fast zwei Jahre lag die Missa, die ursprünglich zur Einweihung des Erzbischofs Rudolph zum Erzbischof von Olmütz am 9. März 1820 geplant war, aber nicht fertiggestellt wurde, vollendet da; die neuente Symphonie ging der Beendigung entgegen. Die Aussicht, bei dem vom Kaiser für italienische Musik erstellten Wagners eine Aufführung dieser beiden Meisterwerke durchzuführen, war mehr als gering, obwohl eine finanzielle Verbesserung dem besonders in den Jahren 1819 und 1820 arg in Schulden geratenen Meister besonders willkommen gewesen wäre. So wandte sich Beethoven nach Berlin an den Grafen von Bülow und erhielt auch schon bald von dort eine beläufige und ermutigende Antwort. Die Kunde hiervon drang aber auch zu einem kleinen Kreise von Freunden, die ihm in der allgemeinen Italienbegeisterung treu geblieben waren, und denen die Vollendung seiner letzten Werke bekannt geworden war. Im Februar 1824 überreichte diese kleine Zahl der Freunde, an ihrer Spitze Graf Moritz von Sponhoff, Beethoven mit einer Adresse, in der man ihn zur Voll-

Verhärterung der Lage im Ruhrbergbau.

Bevorstehende Reise des Reichsarbeitsministers Brauns nach dem Ruhrgebiet.

Dachau, 6. Mai.

Die Lage im Ruhrbergbau hat in den letzten Tagen eine kritische Wendung genommen. Die Hammer-Regelung hat die erhoffte Klärung nicht gebracht. Am Montag und Dienstag sind auf vielen Zechen des Ruhrreviers die Bergarbeiter wieder nach Ablauf der Siebenstundenschicht ausgedrängt. Die Werksleitungen haben erklärt, daß alle Belegschaftsmitglieder, welche die Achtstundenschicht nicht einhalten, als freistlos entlassen anzusehen seien. So sind denn am Dienstag viele Bergarbeiter ausgesperrt worden, sie wurden zur Anfahr auf der Zeche nicht zugelassen. Die Bergarbeiter weigerten sich, der heute früh erfolgten Aufforderung der Werksleitungen, sich schriftlich für Einhaltung der Hammer-Regelung bereit zu erklären, nachzukommen. Auf einzelnen Zechen hat die Bergarbeiterschaft mit Streik reagiert. Bei dieser Lage im Ruhrbergbau sah man den für Dienstag, 6. Mai, angekündigten Ruhrkonferenzen der vier Bergarbeiterverbände mit großer Spannung entgegen.

Stellungnahme der Union.

Am Vormittag hielt die Union für Hand- und Koffarbeiter in dem Buntentheater eine Ruhrkonferenz ab, die mit einer von der R. P. D. einberufenen Betriebsrätekonferenz des Ruhrbergbaues verbunden wurde. Anwesend waren auch einzelne Mitglieder des alten Bergarbeiterverbandes, der polnischen Werksvereinigungen, Vertreter des Verbandes der Feiger und Maschinenisten, des deutschen Metallarbeiterverbandes und der Syndikalistin. Die Aussprache, bis in den Nachmittag hinein, gestaltete sich sehr lebhaft, sie hatte unter Auswirkung der kommunistischen Ergebnisse der Reichstagswahl einen politischen Einschlag. Alle Redner lehnten die Hammer-Regelung sowie den Schiedspruch des Reichskommissars Weich in der Arbeitszeit und Manteltariffrage ab. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die den Generalstreik für den 7. Mai erklärt. Ein weiterer Beschluß sprach sich für Einstellung sämtlicher Ruhrarbeiters. Zu den Ruhrkonferenzen des alten Bergarbeiterverbandes und des Gewervereins christlicher Bergarbeiter wurden je 3 Vertreter entsandt, um auch diese für den Generalstreik zu gewinnen.

Die englisch-russischen Verhandlungen.

London, 6. Mai. Die Pressemeldung über angebliche Störungen in den englisch-russischen Verhandlungen wird von unterrichteter Seite nachdrücklich demontiert. Die Regierung betont, daß der Ausschuss der Konferenz sich bisher nur damit beschäftigt hätte, das Tatsachenmaterial vorzubereiten, das die Grundlage für die gemeinsamen Hauptverhandlungen über die Probleme grundsätzlicher Art bilden soll. Die nächste Sitzung der Vollkonferenz ist wahrscheinlich in der nächsten Woche. Der Ausschuss für den Entwurf eines Handels- und Schiffsverkehrsvertrages hat im Auswärtigen Amt eine Sitzung abgehalten. Wie verlautet, haben die Vertreter an diesem Gremium gute Fortschritte gemacht. Auch die Arbeiten der übrigen Ausschüsse gehen normal vorwärts. Von englischer Seite wird betont, daß die Verhandlungen nach der Natur der Dinge lange Zeit in Anspruch nehmen werden.

Kleine politische Mitteilungen.

Neuwahlen zur Hamburger Bürgerchaft.

Wie der Telegraphen-Union auf Anfrage von der Hamburger staatlichen Pressestelle mitgeteilt wird, hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei der Bürgerchaft in ihrer gestern abend abgehaltenen Sitzung beschlossen, der Bürgerchaft den folgenden Antrag einzubringen:

In der Überzeugung, daß nach dem Ausfall der Reichstagswahl die Zusammenlegung der Bürgerchaft und des Senats nicht mehr dem Willen der Hamburger Bevölkerung entspricht, beantragen wir, die Bürgerchaft möge ihre Auflösung gemäß Artikel 14 der Verfassung beschließen.

Die ausständigen Einflüsse hat, seine beiden Werke selbst in Wien aufzuführen. Die Adresse beginnt mit diesen Worten: „Wir wissen, daß eine große kritische Komposition sich an jene erste Messe anschließen hat, in der Sie die Empfindung einer von der Kraft des Glaubens und vom Licht des Überirdischen durchdrungenen und verklärten Seele verewigt haben. Wir wissen, daß in dem Kranz Ihrer herrlichen, noch unerreichten Symphonien eine neue Wonne glänzt. Geben Sie es nicht zu, daß diese Ihre jüngsten Kinder an Ihrem Geburtsort nicht vielleicht als Fremdlinge, vielleicht von solchen, denen auch Sie und Ihr Geist fremd sind, eingeführt werden! Erschienen Sie baldigst unter Ihren Freunden, Ihren Verehrern und Bewunderern!“ Beethoven war gerührt, als er fühlen ließ. Nach langen Verhandlungen wurde das Raimontor-Theater gewonnen. Die Proben brachten noch viele Ungelegenheiten mit sich, da die Solisten, darunter Henriette Sonntag und Caroline Unger, auf mancherlei technische Erschwerung drängten und Beethoven keine Änderungen konstatieren konnte. Man half sich, indem man den tauben Meister täuschte. Umlauf und Schuppangst übernahmen auf Beethovens Wunsch die Leitung; die Kunde von der beschäftigten Aufführung erreichte Unger, und man drängte sich zur Mitarbeit, Chor und Orchester erhielten Verstärkung aus Dilettantenkreisen. Als Tag der Aufführung war der 7. Mai 1824 angesetzt und unter dem Namen „Große musikalische Akademie von Herrn Ludwig van Beethoven“ angekündigt. Das Programm enthielt die große Ouvertüre „Der Weiße des Saules“, Ariette, Credo und Agnus aus der Missa solemnis, die als „Drei große Hymnen mit Solo- und Chorstimmen“ bezeichnet waren, da die berühmte Fassung die Aufführung einer Messe im Konzertsaal nicht duldete. Den Schluß bildete die „Missa“. „Große Symphonie, mit im Finale eintretenden Solo- und Chorstimmen, auf Schillers Lied „An die Freude“. In der Generalprobe schon, die tags vorher stattfand, wurde Beethoven vom Kreise zu Kränen gerührt und umarmte alle Dilettanten, die mitwirkten. Bei der Aufführung zeigte das in allen Räumen überfüllte Haus

nur eine leere Loge; da der Kaiser, die Kaiserin und der Erzherzog Rudolph nicht in Wien waren, blieb die Kaiserloge unbefüllt.

Die Wiedererregung zeigte mancherlei Mängel, und doch war die Begeisterung nach der schon stürmischen Ovation beim Empfang außerordentlich groß. Am Schluß ergab sich eine ergreifende Szene, die viel erzählt wird. Beethoven stand mit dem Rücken zum Publikum und hörte in seiner Laubheit den Beifall der Menge nicht. Da kam der Solist Caroline Unger der glückliche Einfall, ihn herumzudrehen, und nun erschallte der gerührte Meister an dem Güte- und Lächelndem den Jubel der Zuhörer. Beim Anblick des finanziellen Erfolges, der infolge der hohen Unkosten und der nicht erhöhten Eintrittspreise Beethoven gewaltig enttäuschte, brach er zusammen.

Die Wiederholung des Konzertes am Mittag des 23. Mai im Redoutensaal brachte sogar ein Defizit, da bei schönem Frühlingswetter der Raum kaum zur Hälfte gefüllt war. Das Programm war seltsam verändert, von der Messe erlangte nur das Arie, als Ersatz gab italienische Ariette! Eine Gesamtauführung der Missa erlebte Beethoven selbst nicht, Paris und Petersburg brachten solche noch im Jahre 1824. In Deutschland mußten nach Jahrzehnte vergehen, ehe die Tiefe und Größe dieser höchsten Liturgie neben Bachs h-moll-Messe erkannt wurde. Die Verhandlungen zwischen Beethoven und dem Verlag B. Schotts Söhne in Mainz führten zum Ziel, für die Missa erhielt der Komponist ein Honorar von 1000, für die Neunte 600 Gulden!!

Was Generationen seit jener Zeit empfunden haben, das ist auch heute noch unter aller Gefäß: es ist und bleibt ein Festtag höchsten Wertes, einer Aufführung der Neunten oder Missa heilighen zu können. Es sind Klänge der Unvergänglichkeit. — In der gleichen Stadt Wien erlebt man genau hundert Jahre nach diesem Beethoven am heutigen Tage die Aufführung von Richard Strauß Bühnenwerk „Schlagobier“. Ein außerordentliches Stück Musikgeschichte liegt in diesem Jubiläum.

Die vier Bergarbeiterverbände zur Lage.

Die Ruhrkonferenz des alten Bergarbeiterverbandes fand am Nachmittag 2 Uhr im großen Saale des Wirtes Neuhaus in der Alleestraße statt. Sie war von allen Schachtanlagen des Ruhrreviers besucht. Nach vierstündiger Aussprache wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Die Konferenz vom 6. Mai hält an dem Beschluß der Konferenz vom 30. April fest und bringt mit besonderer Betonung zum Ausdruck, daß sie alle Parolen politischer Parteien (insbesondere eine Generalstreikparole der R. P. D.) ablehnt, da sie nicht gewillt ist, die rein wirtschaftliche und gewerkschaftliche Tendenz dieses den Bergarbeitern aufgezwungenen Kampfes durch parteipolitische Machinationen trüben zu lassen.

Der angezogene Beschluß vom 30. April sprach sich dafür aus, daß nach dem 30. April die alte und recht bestehende Siebenstundenschicht im Ruhrbergbau (über Tage 8 Stunden) zu verfahren sei.

Die Ruhrkonferenz des Gewervereins christlicher Bergarbeiter in Essen schloß einen gleichlautenden Beschluß, an der Siebenstundenschicht unter Tage und Achtstundenschicht über Tage festzuhalten. Am Mittwoch findet eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft im Ruhrbergbau in Essen statt, um zu der Sachlage Stellung zu nehmen. Auch wird ein Aufruf der drei Bergarbeiterverbände erscheinen.

Die polnische Berufsvereinigung und der Kirch- und Berufsverein der Arbeiter in Essen beschloß, die sich mit dem des alten Verbandes deckt.

Sämtliche Bergarbeiterverbände haben den Generalstreik abgelehnt. Wie wir vernahmen, wird Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zum Werk kommen, um zu versuchen, den Streik beizulegen.

Der gemeinsame Aufruf der Bergarbeiterverbände hat folgenden Wortlaut:

Die Konferenzen der am Tarife beteiligten vier Bergarbeiterverbände haben beschlossen, die Siebenstundenschicht bzw. Achtstundenschicht über Tage beizubehalten und den Generalstreik abzulehnen. Sollten sich jedoch durch das Vorgehen der Unternehmer Kämpfe entwickeln, so sind diese streng nach gewerkschaftlichen Grundsätzen zu führen. Jede diesen Grundsätzen widersprechende, nicht von den unterzeichneten Verbänden ausgehende Parole muß entschieden zurückgewiesen werden. Kameraden, wahret die gewerkschaftliche Disziplin.

Folgen die Unterschriften der vier Bergarbeiterverbände.

Nach der Verfassung sind für diesen Antrag 40 Unterschriften erforderlich. Da die Deutsche Volkspartei jedoch über eine so hohe Mandatszahl in der Bürgerchaft nicht verfügt, wurde an die Deutschdemokratische Partei und an die Deutschnationalistische Partei mit dem Ersuchen herangetreten, ihrem Antrage durch Unterschrift beizupflichten.

Die Vertretung Preußens in Bayern.

Die preussische Vertretung bei der bayerischen Staatsregierung führt, wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, jetzt die Bezeichnung „Preussische Gesandtschaft“. Die Gesandtschaft leitet, wie bisher, Ministerialrat Dr. Dent als Geschäftsträger. Die bayerische Staatsregierung hat aus diesem Anlaß ein Schreiben an den preussischen Ministerpräsidenten gerichtet, in dem die neue preussische Gesandtschaft in München Aufnahme findet, daß die neue preussische Gesandtschaft in München die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Preußen und Bayern zum Segen für beide Länder vertiefen und die Zusammenarbeit dieser beiden Staaten zum Wohle des ganzen Reiches erleichtern wird.

Ein Mischwunder am Rathenau-Mord.

Nach einer Blättermeldung aus München ist dort ein gewisser Günther Brand festgenommen worden, der im Verdacht steht, Beifälle zur Ermordung Rathenaus geleistet zu haben. Der Festgenommene soll bei der Beschaffung des Autos mitgewirkt haben, das bei der Ermordung Rathenaus benutzt wurde. Brand, der aus Weidenburg stammt, war ebenso wie die übrigen der an dem Mord Beteiligten Mitglieder der Organisation Confus.

Der in München verhaftete Student Günther Brand, der unter dem Verdacht steht, an der Ermordung Rathenaus beteiligt gewesen zu sein, ist, wie die Berliner

Blätter aus Leipzig melden, in das Leipziger Untersuchungsgefängnis überführt worden und wird sich wahrscheinlich in Kürze vor dem Staatsgerichtshof zu verantworten haben.

Schuldenstreichung.

Schon bei den Verhandlungen von Anfang 1919 in der Versuch gemacht worden, die Deutschland aufzuerlegenden Reparationslasten mit den aus der Kriegszeit übernommenen Schuldenverhältnissen innerhalb der Entente zusammenzufassen. Nach dem Beschluß des großen Reparationsplanes vom Jahre 1921 wurde es geradezu eine internationale Parole, daß die Reparationsfrage nur ein Kapitel der gesamten Kriegsschuldfrage sei und in diesem großen Rahmen beurteilt und gelöst werden müsse. Anfang 1922 (nach der Konferenz von Cannes) glaubte man fast überall, daß auf dem bevorstehenden großen Kongreß zu Genäua auch die Frage der interalliierten Schulden aufgerollt werden würde. Es wurde jedoch keine den Verfallter Vertrag betreffende Frage erörtert. Dann knüpfte Amerika seine — nicht einmal amtliche — Teilnahme an der Genuefer Konferenz an die Bedingung, daß über die interalliierten Schulden nicht verhandelt werden dürfe. So wurde auf der internationalen Konferenz zu Genäua gerade über das Kern- und Zentralproblem aller Welt, Finanz- und Wirtschaftsfragen nicht gesprochen. Damals wurde behauptet, Lloyd George habe die Londoner City für den Gedanken gewonnen, auf die Rückzahlung derjenigen Beträge zu verzichten, welche während des Krieges an Frankreich, Belgien, Italien und Serbien geleistet waren. Als Bedingung wurde allerdings immer die Bereitschaft Frankreichs genannt, seine Reparationsansprüche gegenüber Deutschland zu ermäßigen. Gewisse englische Kreise versuchten sogar, Englands Schulden gegenüber Amerika in das erstrebte große Aufrechnen hineinzumischen. Ein nicht mißzuverstehender Wink aus Washington veranlaßte dann das nach Lloyd Georges Rücktritt zur Herrschaft gelangende konservativ-kabinett, mit Amerika eine Verständigung über die Verzinsung und Tilgung der englischen Schuld anzubahnen. Es war Sir Baldwin, der im Kabinett Bonar Law Schatzkanzler war, welcher die englisch-amerikanischen Schuldverhältnisse regelte. Seit der Zeit scheint sich in Amerika die Vorstellung Bahn gebrochen zu haben, daß es nicht lohne, den Milliarden nachzugeben, die vor Jahren einmal den Bundesgenossen geleistet worden sind. Wie jener Zeit Lloyd George, so scheint jetzt Coolidge zur Erzielung eines Einverständnisses in der Reparationsfrage den Trumpf auszuspielen zu wollen, daß ein großer Gläubiger der kontinental-europäischen Länder Schuldenerlag in Aussicht stellt, wenn die kontinentaleuropäischen Böller unter sich über ihre gegenseitigen Finanzverpflichtungen einig werden.

So wird man die New Yorker Meldung des „Daily Telegraph“ deuten müssen, daß die größte amerikanische Bank, die National City Bank, für eine Verminderung bzw. Streichung der alliierten Kriegsschulden an Amerika eintritt. Denn das dies ein privater Schritt sei, der ohne Kenntnis des Weißen Hauses erfolgt ist, wird man nicht annehmen dürfen. Es bleibt abzuwarten, ob dies Angebot in bindender Form wiederholt werden und ob es bestimmte Bedingungen geknüpft sein wird. Es ist möglich — daß MacDonald in britischen Finanzkreisen auf neue Stimmung für die Idee schafft, die Beträge zu streichen, welche die europäischen Entente-Länder Großbritannien schulden. Damit wäre dann einer der Stützpfeiler aus dem Wege geräumt, gegen die befristete deutsche Erbschaftspflicht. Deutschland hat an der endgültigen Regelung der Frage der interalliierten Schulden gleichfalls ein Interesse, denn kommt es wirklich zu einem, wenn auch nur teilweisen Verzicht auf die interalliierten Schulden, so würden auch die alliierten Reparationsansprüche gegen Deutschland vermindert werden müssen, zumal im Sachverständigenbericht nicht eine Streichung der alliierten Kriegsschulden vorausgesetzt wurde.

Die Gemeindevahlen in der Umgegend.

Querenburg. Die Gemeindevahlen in Querenburg brachten folgendes Ergebnis: Bürgerblock 607, B. S. B. 601, Komm. 119. Demnach entfallen für den Bürgerblock 5, für die B. S. B. 4 Sitze.

Sarpen. Sog. 1145, Komm. 417, Bürgerliste 1 605, Bürgerliste 2 364 Stimmen. Die Stimmen verteilten sich auf 15 Sitze: 7 Sog., 2 Komm., 4 Bürgerliste 1, 2 Bürgerl. 2.

Weimar. Nach dem Ergebnis der Gemeindevahl vom 4. Mai verteilten sich die 24 Sitze der Gemeindeverordneten wie folgt: Komm. 7, B. S. B. 5, D. Arbeitssog. 5, Zentr. 5, Parteilose 9. Die beiden übrigen Parteien Polen und Christl.-Sog. Gemeinschaft gehen leer aus.

Södingen. Gemeindevahlen: Bürgerl. Bg. 506 (2), Sozialisten 243 (1), Zentr. 717 (3), Polen 235 (1), B. S. B. 474 (2), Komm. 1065 (4). — Amtswahlen: Bürgerl. Bg. 508, Sozialisten 214, Zentr. 725 (1), Polen 238, B. S. B. 413, Komm. 1063 (2 Sitze).

Bärnig. Gemeindevahlen: Bürgerl. Bg. 488 (2), Zentr. 957 (4), Polen 136, B. S. B. (m. R.) 1441 (6). — Amtswahlen: Bürgerl. Bg. 489, Zentr. 969 (1), Polen 187, B. S. B. (m. Komm.) 1428 (2 Sitze).

Böppinghausen. Zentr. 119, Sog. 95, Ver. Bürgerl. 93 Stimmen.

Blantenstein. Gemeindevahlen: Bürgerl. Bg. 330, Zentr. 375, B. S. B. 4 und R. B. D. 352, ungültig 45. — Amtswahlen: Bürgerl. Bg. 335, Zentr. 370, B. S. B. 4 und R. B. D. 268, ungültig 33.

Welper. Gemeindevahlen: Bürgerl. Bg. 648, Zentr. 639, B. S. B. 1041, R. B. D. 511, ungültig 142.

3. Inf.-Bureau für Nr. 2084 /

Pa

Dronslawski,

Schwindt,

Schöder, R.

Kurawa, R.

Bauer, W.

Gania, H.

Sallmann, H.

Müller, R.

Müller, Joh.

Thiel, Ant.

Im S.

Betrifft die

hohen Komm.

auf Einzelne

welche eine R.

Gebieten einge

de

In den B.

gerichtliche An

nen eingest.

Gandelschen

Gastpflicht der

fallen, Verlu

terieren oder

den jeder R.

haben sich e

der Regie au

Nachteile aus

Die gerichtl.

regelmäßig wi

Die Komm.

1. Aus s.

zwei Selbstver

rechnungswelche

Kommandierenden

Funktion gewid

die hier zur B.

Diese Mitglieds

eines Jahres

neuert werden.

2. Aus e

einem Selbstver

nachricht. Diese

mandierenden

Gandelskammer

den Juristen a

für die Beläst

Deutschland be

Die Mandata

die gleiche Ref

beligigen Mitg

In der Geme

ernes der ordne

Mitglieder den

Der Gericht

mission wird b

ernannt.

Der Komman

zahlung der W

tion, sowie die

dieser Kommiss

Die Regie b

teilt einer jähr

deren Betrag i

im Einverständnis

— Amtsver

657, S. B.

Buchholz, G.

B. D. und

berordneten

R. B. D.

Eppendorf, B.

325, ungült

Schütz, Gemein

Bg. 571, R.

schütz, Gemein

Bg. 571, R.

schütz, Gemein

Bg. 571, R.

schütz, Gemein

Bg. 571, R.

schütz, Gemein

Bg. 571, R.

schütz, Gemein

Bg. 571, R.

schütz, Gemein

Bg. 571, R.

schütz, Gemein

Bg. 571, R.

schütz, Gemein

Bg. 571, R.

schütz, Gemein

Bg. 571, R.

Am Donnerstag, den 8. Mai

beginnen wir mit
einer großen

Verkaufsveranstaltung,

die wegen ihrer Vorteile in
Preisgestaltung und Qualität von

allgemeinem Interesse ist.

Beachten Sie bitte unsere Inserate unter dem Titel

Koppels Abhofteille Woche!

Wellenstein

Kaufmännische Schule
der Handelskammer zu Bochum.

Fernruf 454. Bismarckstr. 13,
Eingang Jahnstr.

Abendlehrgänge
in Handelslehre, Rechnen, Buchführung,
Deutsch, Englisch und Karschrift.
Pläne u. Anmeldebeschein. d. d. Schulleitung.

Indus Kind
brennt
Pringunmilch
Westfalia

aus der
Feinbäckerei

Carl Goulard
Inh.: Hugo Hackert, Fernspr. 500
Bochum, Hellweg 4

Tapeten
wieder große Posten
zu billigsten Preisen.
Beachten Sie meine Auslagen.
Carl Bohlmann,
Kortumstr. 4, Fernruf 826.

Reparaturen
an Nähmaschinen, Fahrrädern,
Motorrädern
und Grammophonen
werden billig und bestens aus-
geführt bei

A. Wolters, Bochum,
Friedrichstraße 9.

Wellenstein

**Bereinigtes
Stadttheater**
Bochum, Duisburg

Mittwoch, 7. Mai,
7¹⁵—8⁴⁵
E. 24.

**Sofel
in Ägypten.**
Die neue Soli-
dubne u. der Büh-
nenvolkshand hab.
Preisermäßigung.

Donnerstag, 8. Mai,
7¹⁵—8⁴⁵
C. 25.

König Johann.

**Neues
Operettentheater**
Rottstr. 29, Tel. 531.

**Täglich steigender
Erfolg.**

Nur noch einige Tage.
Die tolle Posse

**Der
Dollar-
Schuster**

mit
Heinz Conrad,
den besten norddeut-
schen Typendarsteller
in der Hauptrolle.

Sie lachen Tränen.
Kartenvorverkauf
ab 4 Uhr an der Kasse.

**Johannisbeer-
Stachelbeer-
Kirsch-
Heidelbeer-
SOS-Repfel-
Herb-Repfel-**

Wein

empfiehlt
Albert Janzik,
Maarbrückerstr. 12

empfehlen

Essener Credit - Anstalt Bochum
Wilhelmstraße 20

Erledigung sämtlicher bankmäßigen
Geschäfte.

Fernsprecher 4070 — 4074

**Vornehmer
Familien - Aufenthalt**
Bester Bohnenkaffee
Gebäck und Torten

Besonderheiten:

Bauernstuten mit
Schinken
Schwarzbrot mit
Speck u. Wach-
holder

Kaiser-Aue Bochum VI

Jeden Sonntag
von 4—7 Uhr
**KONZERT des
Merkert'schen Orchesters**

Bei ungünstig. Witterung stets Streich-
musik im großen Saal.

**Grammophon - Platten
und Gramola**
in unerreichter Auswahl.

Besuchen Sie meinen Vor-
spektrum ohne jeden
Kaufzwang.

H. Wolters Friedrichstraße 9.

Chemische Fabrik Walther Bosch
G. m. b. H. / Telefon 19 / Bochum

blotet an ab Fabrik Hermannshöhe 20:

**Amerikan. Autobenzin 0.730 / 0.740. Autoöl-
Raffinat 6—7. Wasserstoff und Sauerstoff.**

Technische Öle und Fette
aller Art für die Maschinenschmierung zu den billigsten
Tagespreisen sofort lieferbar.

Otto Köddewig Bochum
Telefon: Geschäft 3125, Privat 2409
Dr. Beckstr. 18

Ausführung von

**Elektrischen Licht-, Kraft-
u. Schwachstrom-Anlagen**

sowie aller vorkommenden
Reparaturen.

**Elektrische Licht-
u. Kraft-Anlagen**
führen schnellstens aus

Stübner-Elektrizitäts-A.-G.
Telefon: 3550, Bochum 3551, 3552.

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)

Pianos Flügel-Harmoniums
Verk. d. r. a. Private zoll- u. frachtfrei

Roth & Junius
Hol- Piano- u. Flügel-Fabrik
Hagen (Westf.)

Filiale: Berlin
Hardenbergstr. 14
NB. Wir führen in Sonderabteilung echte Grammophone mit
Kunstlerplatten.

Warenzeichen

Fabrik -  - Marke

GOMPERTZ

Gesetzlich geschützt

Wellenstein

BREMEN

**AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN**

Regelmäßiger Personen- und Frachverkehr
mit eigenen Dampfern.
Amerikan. vorzügliche Unterbringung und
Verpflegung für Reisende aller Klassen.
Reisegepäck - Verwahrung!
Nähere Auskunft durch

**NORDDEUTSCHER
LLOYD**
+ BREMEN +
in Bochum:
Aug. Dörpinghaus,
Kaiserstraße 28.

J. & F. Biergans
Bochum, Kortumstr. 20.

Strümpfe, Wäsche

**Unterzeug
Handschuhe**

**Herren - Mode - Artikel
Damen - Blusen, Röcke
Kinder - Bekleidung**

Wellenstein

(Fortsetzung folgt.)

das durch die Erfahrungen in der Inflationszeit schwer erschüttert worden ist, wieder zu festigen.

Das Vorgehen der deutschen Sparkassen, namentlich der badischen, ist außerordentlich zu begrüßen. Es ist gieblich, daß von dem Bestreben geleitet, in den Kreditverhältnissen in Deutschland, die ein Hauptkernstück bilden für einen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, nach Maßgabe der sich im Inland befindenden Möglichkeiten eine Erleichterung herbeizuführen. Der Mangel an Betriebskapital, unter dem die deutschen Produktionsbetriebe leiden, verhindert ihre reifliche oder wenigstens weitgehende Ausnutzung. Das Produktionskapital in Deutschland hat die vergangenen Jahre verhältnismäßig günstig überstanden und ist relativ unversehrt erhalten geblieben. Es mangelt im wesentlichen an Betriebskapital, woran auch schon in der Vorkriegszeit Mangel bestand. Damals wurde dieser ausgeglichen durch das ausgesetzte und ausgebauten Kreditklima der deutschen Wirtschaft und durch Inanspruchnahme des internationalen Geldmarktes.

Durch einen allmählichen Wiederaufbau des deutschen Kreditwesens läßt sich zwar der Mangel an Betriebsmitteln in der deutschen Wirtschaft auch nicht restlos beseitigen, solange uns nicht gleichzeitig der ausländische Geldmarkt in früherem Umfange wieder offen steht, sofern überhaupt der Aufbau und die Gesundung der deutschen Gütererzeugung die Inanspruchnahme des internationalen Geldmarktes wünschenswert erscheinen läßt. Auf jeden Fall würde dadurch mindestens eine Erleichterung in der Betriebsmittellage zu erzielen sein. Voraussetzungen dafür sind allerdings die durch das Vorgehen der deutschen Sparkassen erzielte Erleichterung auch dem Kreditmarkt der Landwirtschaft zugute. Gerade für diese wäre ja auch die auf diesem Wege erzielte Erleichterung bestimmt, denn eine Inanspruchnahme des internationalen Geldmarktes kommt für die deutsche Landwirtschaft, welche reiflos der Versorgung des inländischen Konsums dient, nicht in Frage. Die deutschen Banken werden ihrerseits um so mehr nicht adäquat dürfen, sich dem Vorgehen der Sparkassen anzuschließen, sofern sie sich nicht der Möglichkeit, fremde Gelder in Form von Depositionen heranzuziehen, begeben wollen.

Aus der Nachbarschaft.

* **Wattenscheid, 6. Mai.** Durchgangsverkehr. Bekanntlich plant der Stadtbauamt die Anlage einer Reihe von Straßen, die dem großen Durchgangsverkehr dienen sollen. Eine dieser Straßen wird auch durch Wattenscheid führen und ist jetzt in ihrer Linienführung endgültig festgelegt. Es handelt sich um die Verkehrsstraße, die den Namen D. W. 4 führt. Die Straße wird eine Breite von 26 Metern haben und kommt von Essen, führt nördlich am dem Gutshof Schulte-Herwelling vorbei zum Aufschlag „Centrum“, kreuzt die Steeler, Söbentstein- und Süßstraße und geht dann weiter südlich zum katholischen Friedhof über die Bahnhofstraße zum evangelischen Friedhof, den sie südlich vom Eingange des Friedhofs durchschneidet und nimmt dann die Richtung zur Heidestraße in Wattenscheid. Läuft im Zuge der Heidestraße parallel zur Bochumerstraße, um dann an der Grenze von Wattenscheid und Bochum bei der sogenannten Kaserne in der Wattenscheiderstraße in einem Einbiegen, wo das Gelände für die Verkehrsstraße bereits vorgesehen und planiert ist. Die Straße, die, wie oben bemerkt, im allgemeinen 26 Meter breit sein wird, erhält innerhalb des evangelischen Friedhofs eine Breite von 18 Metern, von der Wattenscheider Grenze aus auf Bochumer Gebiet eine solche von 40 Metern. Es ist geplant, auf dieser Straße später auch eine Schnellfahrstraße zu legen, die namentlich dazu dienen soll, den Lokalverkehr zwischen Essen-Wattenscheid und Bochum aufzunehmen.

* **Essen, 6. Mai.** Vermist wird seit dem 1. d. M. der 13 Jahre alte Schüler Willi Boot von hier. Er hat sich am genannten Tage von Hause entfernt, um sich in Dählhaußen sein Zeugnis zu holen. Von diesem Gange ist er nicht zurückgekehrt. Donnerstag morgen ist er zuletzt in Wattenscheid gesehen worden. Er trug einen dunkelblauen Mantel und schwarze Schuhen, einen grauen Leberzieher und eine rote Schirmmütze. Außerdem führte er eine braune leberne Aktentasche bei sich. Personen, die über den Verbleib des Knaben irgendwelche Angaben machen können, werden gebeten, dies den beauftragten Eltern, Linden, Bahnhofstr. 96, oder den Polizeibehörden mitzuteilen.

* **Hattingen, 6. Mai.** Persönliches. Stadt- und Polizeisekretär Grau, einer der dienstältesten Beamten der Stadt Hattingen, ist am 1. Mai in den Ruhestand getreten. Die Geschäftsfälle des Standesamts wird er vorläufig ehrenamtlich weiterführen. — Der Polizeisekretär hat sich bei der erwerbsfähigen W. der in den letzten Tagen eine Anzahl quittierter Hattinger Bürger um Beträge von 10—20 Mark gebittet hat. W. gab den Leuten gegenüber an, daß ihn unglückliche Familienverhältnisse und Krankheit in Not gebracht hätten. Den Geldgebern läuschte er in den meisten Fällen dadurch Sicherheit vor, daß er ihnen eine Unfallrentenquittung mit seiner Unterschrift ausstellte, auf Grund deren sie angeblich die Unfallrente von der Post abbolen könnten. Tatsächlich hätten die Betroffenen von der Post nichts erhalten, weil die Rentenbeträge viel zu hoch eingeleitet waren und höchstens auf eine Rentenquittung der Betrag ausbezahlt worden wäre. Die so erscheinende Summe beläuft sich auf etwa 300 Goldmark.

Aus den Provinzen.

* **Dortmund, 6. Mai.** Goldparade. Der von der städtischen Sparkasse eingerichtete Goldparade hat sich sehr günstig entwickelt. In der kurzen Zeit seit seiner Einführung haben die Einlagen in einer Weise zugenommen, daß man annehmen kann, daß das Vertrauen allmählich zurückkehrt. Wenn die städtische Sparkasse für die Abhebung von Goldmarkenlagen grundsätzlich eine Kündigungsfrist einführt, so wird hieran doch nicht stark festgehalten, vielmehr können bei Bedarf Beträge bis etwa 500 Mark ohne Kündigung abgehoben werden.

* **M. Gladbach, 6. Mai.** Wegen Brandstiftung angeklagt. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich ein Landwirt und Weingebräuer aus Meerfen wegen verführerischer Brandstiftung zu verantworten. Im vorigen Dezember war er wegen Urkundenfälschung zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt worden. Um sich Kenntnis von dem Leumundzeugnis zu verschaffen, das der Bürgermeister über ihn abgegeben hatte, drang er nachts in dessen Amtszimmer ein und erbrach den Schreibtisch. Dabei gürte er eine Kerze an, durch die nach seiner Aussage das auf dem Tisch liegende Papier in Brand geraten sei. Dann entfernte er sich. Das Feuer, das bald entbrach und gelöscht wurde, hat nur einige Möbelstücke vernichtet. Das Gericht verurteilte ihn wegen Sachbeschädigung zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 2 Jahre Zuchthaus beantragt.

* **Düsseldorf, 6. Mai.** Gefängnis meuterer vor Gericht. Im vorigen Herbst entfiel im Denderborfer Gefängnis eine Meuterei, die 2 Gefangenen das Leben kostete: 92 konnten entfliehen. Die Räuber-

Die neuen Steuern vom Grundvermögen

Steuergesetze pflegen allgemein kurzlebig zu sein, weil sie veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der Regel recht schnell angepaßt werden. Eine Ausnahme haben die preussischen Grund- und Gebäudesteuern gemacht, die noch bis 1923 nach dem Gesetz vom 21. Mai 1861 erhoben wurden.

Erst nach langdauernden und schwierigen Verhandlungen kam schließlich das Gesetz vom 14. Februar 1924 über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen zur Verabschiedung. Wie schon der Titel dieses Gesetzes besagt, handelt es sich dabei nicht um eine organische Neuordnung der Grundsteuer, eine Aufgabe, deren Lösung unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu schwierig und vor allem bei dem Bedürfnis nach möglichst fließenden Einnahmen nicht schnell genug durchführbar erschien.

Die Steuer wird von dem gesamten Grundvermögen erhoben. Gebäude rechnen als Bestandteile zu dem Grundvermögen. Bei den dauernd land- und forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücken wird auch das lebende und tote Inventar erfasst. Als

Berechnungsgrundlage

verwendete man die Wertermittlung, wie sie nach der letzten Veranlagung für 1917 bis 1919 festgelegt worden war. Bei dieser war auszugehen von dem gemeinen Wert, bei dauernd land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken von dem Ertragswert. Der Veränderung des Geldwertes wurde dadurch Rechnung getragen, daß der Ergänzungswert mit acht verbleibt wurde. Nur für die bebauten Grundstücke, die nicht dauernd land- und forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden, sind, ganz der Ergänzungswert unverändert. Dieser Unterschied war berechtigt, weil die Hausgrundstücke infolge der Wohnungswirtschaft und der Beschäftigtenpolitik sich nicht annähernd dem veränderten Geldwert angepaßt hatten, wie andere Grundstücke.

Nachdem die Erkenntnis allgemein geworden, daß es ein grundsätzlicher Fehler sei, Steuern in Zeiten ständig sich verändernden Geldwertes auf die Papiermark abzustellen, und nachdem die Finanznot aufs höchste gestiegen war, entschloß sich die Preussische Regierung in der Rotverordnung vom 22. Oktober 1923 zu einer

durchgreifenden Umgestaltung der Grundsteuer. Zwar wurde an dem Ergänzungswert als Steuergrundlage festgehalten, der jetzt sogar für alle Grundstücke gleichmäßig gelten sollte, dagegen wurde die Steuer selbst auf Goldmark umgestellt. Und zwar betrug jetzt die Steuer monatlich für je bebauten Grundstücke 0,20 M., bei allen übrigen 0,25 M., also jährlich 2,4 und 3 M. Dazu zu rechnen waren jetzt außerdem die gemeindlichen Zuschläge, die bei der Finanznot der Gemeinden in der Regel die genehmigungspflichtige Grenze von 100 Proz. überschreiten durften.

Ferner darf nicht außer acht bleiben, daß neben diesen preussischen Steuern noch das Reich geordnete Abgaben auf den Grundbesitz legte. So waren damals an Landabgaben für die landwirtschaftlichen Grundstücke nach dem Gesetz vom 11. August 1923 für je 2000 M. Mehreinkommen monatlich 1,50 Goldmark, also jährlich 9 M., zu zahlen, und jetzt nach der zweiten Steuerreformverordnung vierjährig 1 M., von Steuern durchschnittlich 0,5 M.

Es war daher nicht verwunderlich, daß bald nach Erlass der Rotverordnung eine heftige Bewegung einsetzte, um ihre Beseitigung oder wenigstens grundlegenden Änderungen durch den Landtag zu erreichen. Nur mit großer Mühe und durch den steten Hinweis, daß die Finanzen des Preussischen Staates einen größeren Ausfall an Steuereinnahmen nicht vertragen, und die Nichtgenehmigung der Steuer eine ernste Gefährdung

führer sowie einige Beamte, die sich der Begünstigung schuldig gemacht hatten, standen jetzt vor Gericht, das Gefängnis. Zuchthausstrafen von drei Monaten bis zu drei Jahren nebst den entsprechenden Nebenstrafen verhängte.

* **Krefeld, 6. Mai.** Wiedereröffnung des holländischen Konsulats. Hier ist wieder ein holländisches Konsulat eröffnet worden, dem der holländische niederländische Konsul C. B. Visser vorsteht. Früher hatte Krefeld ein holländisches Konsulat, das von einem freiesindischen Konsul geleitet wurde, der Anfang 1917 seine letzte Amtshandlung vornahm. Industrie und Handel haben das Fehlen dieses Konsulats sehr vermisst.

* **U. Oerath, 6. Mai.** Festgenommene Diebesbande. Eine Diebesbande, die seit Monaten den hiesigen Ort und die Umgebung unsicher machte, ist dingfest gemacht worden. Bei der Unternehmung eines Einbruchs in eine Fahrtrabausstellung verhaftete man in Willich acht Leute, deren Spur der befohlene Fahrradhändler mittels Autos sofort aufgenommen hatte. Es wurde in Willich ein regelrechtes Lager von gestohlenen Fahrrädern entdeckt, das so umfangreich war, daß man ein Lastauto nötig hatte, um die Diebesbeute abzutransportieren. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Die Einbrecher haben bereits 27 Einbrüche und Diebstähle begangen. Unter den Verhafteten befinden sich auch der bekannte Einbrecher und Separatist Snippenberg aus Willich.

Das weitläufigste Notgeld 1923.

Durch die rapide Entwertung der einst so festen deutschen Mark wurden ab Juli 1922 an die Reichsbank so große Anforderungen gestellt, daß eine Veranlagung des Geldbedarfes selbst unter Aufbietung aller Mittel diesem Zentralnoteninstitut unmöglich war. Handel und Industrie gerieten hierdurch in eine Lage, die sich bald als unhaltbar herausstellte. Der Not gehorchend, genehmigte das Reichsfinanzministerium einzelnen größeren Kommunalverbänden, Handelskammern und führenden Firmen der Industrie die Ausgabe von Ersatzgeldzeichen mit kurzfristiger Laufzeit. Um die Wirtschaftslage wieder auf gesunde Basis zu stellen, forderte die Reichsbank die privaten Ausgabeinstitute im Oktober 1922 auf, die ausgegebenen Ersatzgeldzeichen sofort aufzurufen und einzuziehen. Gleichzeitig verpflichtete die Reichsbank mehrere Großdruckereien — in der Herstellung von Reichsbanknoten. Durch diese Maßnahme erreichte das Zentralnoteninstitut, daß Ende 1923 das Notgeld vom Wirtschaftsmarkt verschwand.

der kaum gestiegenen Währung bedeuten würde, gelang es schließlich, eine Mehrheit für einen Vermittlungsvorschlag zusammenzubringen. (Gesetz vom 28. Februar 1924.) Das Entgegenkommen bestand einmal darin, daß die Steuererträge für den landwirtschaftlichen Besitz mit einem Werte bis zu 200 000 M. gesteuert wurden. Wenn ferner auch nicht eine sofortige Steuerberausung nach dem gegenwärtigen Werte der Grundstücke zugestimmt werden konnte, so soll doch durch die Beseitigung der Ungleichheiten eine Nachprüfung und Berichtigung der Ergänzungsteuereinnahmen von 1917 stattfinden.

Die berichtigten Werte sollen mit Wirkung vom 1. Februar 1924 der Berechnung der Grundvermögenssteuer zugrunde gelegt werden. Darüber hinaus soll sofort eine neue Berechnung des Gegenwärtigen Wertes des Grundvermögens in die Wege geleitet werden. Doch kommt diesen Arbeiten nur eine vorbereitende Bedeutung zu. Ein weiteres Zugeständnis bedeutet die Vorchrift, daß das

Zuschlagsrecht der Gemeinden.

das von Hundert zum Hundert ab der Genehmigung der Aufschlagsbedürfnisse bedarf, nunmehr schon bei 150 vom Hundert seine Grenzen findet, während diese nach der Rotverordnung bei 200 v. H. lag. Innerhalb dieser Grenzen haben die Gemeinden die frühere Bewegungsfreiheit. Brachte somit das Gesetz vom 28. Februar 1924 gegenüber der Rotverordnung vom 22. Oktober 1923 eine Reihe bedeutsamer Erleichterungen zu, so wurden diese reichlich wettgemacht durch die neuen Lasten, die die Dritte Steuerreformverordnung vom 14. Februar 1924 dem Grundbesitzer auferlegte. Es sei zunächst an die Aufwertung der Hypotheken auf 15 v. H. erinnert, die manchem Grundeigentümer eine schon als gegenstandslos angesehene Schuld zu diesem Zeitpunkt wieder aufbürdete. Vor allem ist es aber der Geldentwertung ausgesetzt, der die die Länder steuerlich auszusprechen ermächtigt. Für bebauten Grundstücke sollte dies im Zusammenhang mit der Regelung des Mietwesens entweder durch eine besondere Aufwertungssteuer oder durch eine Steuer vom Grundvermögen erfolgen. Preußen hat den letzteren Weg eingeschlagen und durch die Steuerreformverordnung vom 1. April 1924 eine Haussteuer eingeführt. Die Steuer wird von den bebauten Grundstücken, die nicht dauernd land- und forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden, bestimmt, und zwar in Höhe von 400 v. H. der Grundsteuer. Nach dem 1. Juli 1918 fertig gewordene Gebäude sind von der Steuer befreit.

Da man in Preußen den Geldbedarf des Staatshaushalts auf rund 200 Millionen, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden auf etwa 150 Millionen M. schätzte, sah der Entwurf der preuss. Haussteuer einen Zuschlag von 800 v. H. der Grundsteuer vor. Außerdem sollten die Gemeinden zum Ausgleich besonderer dringender Bedürfnisse noch einen Zuschlag von 50 v. H. erheben. Wenn der Ständige Ausschuss des Reichstags nur insgesamt 400 v. H. Zuschlag bewilligt hat, so hat er sich offenbar von sozialen Erwägungen leiten lassen. Schon jetzt stellen die Steuern vom Grundvermögen eine Belastung dar, die nur vorübergehend unter äußerster Anspannung und unter Eingriffen in den Vermögensstand selbst aufgebracht werden kann. Daß j. B. die Landwirtschaft zur Zeit eine weitere Belastung nicht erträgt, hat die j. Steuerreformverordnung dadurch anerkannt, daß sie die Erhebung der Abgabe für den Geldentwertungsausgleich bei den unbebauten Grundstücken nicht vor dem 1. November 1925 zuläßt. Die preuss. Haussteuer läßt aus demselben Gesichtspunkte landwirtschaftliche Gebäude von dieser Steuer frei. Ebenso ist aber mit den vorgeschlagenen Etagen auch der häußliche Hausbesitz an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt.

Das Ziel dürfte also sein, baldigst zu einer Ermäßigung dieser schweren Belastungen zu kommen. K. H. J.

Nur zu halb anberte sich dieses Bild. Die Markt geriet abermals ins Schwanken, und nun setzte eine Entwertung ein, die in der Weltgeschichte einzig dastehet. Trotz der größten Anstrengungen der Reichsbank wurde der Sturz der Mark ab Juli 1923 geradezu katastrophal. Fast stündlich stiegen alle Preise. Jeder Markstück für den Wertverlust verschwinden. Reich, Handel und Industrie standen hilflos und ratlos diesem Chaos gegenüber. Es soll hier nicht untersucht werden, welche schwerwiegenden Umstände diese neue rapide Verschlechterung der Mark herbeiführten. Feststellen will ich nur, daß das Finanzministerium sich abermals genötigt sah, Privatbanknoten zur Genehmigung zur Herstellung von Ersatzgeldzeichen, Notgeld, zu erteilen. Die schwere Beschaffung von Reichsgeldern im besetzten rheinisch-westfälischen Industriegebiet bildete wohl einen Hauptgrund zu obiger Genehmigungserteilung. Nach und nach wurde das Reichsgeld im besetzten Gebiet zur Seltenheit. An seine Stelle trat eine Multitude der verschiedensten Notgelde. Kommunen, Handel und Industrie überboten sich in Neuausgaben mit ständig höheren Wertpapieren. Doch der Dollar sorgte dafür, daß nach wenigen Tagen diese hohen Wertpapiere nur noch einen Bruchteil der Mark bezogen des Pfennigs darstellten.

Wenn man bedenkt, daß von der Genehmigung zur Ausgabe von Ersatzgeldzeichen allein in Westfalen über 300 Ausgabenstellen Gebrauch machten, so ist dieses auch ein Dokument für den ungeheuren Geldbedarf dieses deutschen Wirtschaftszentrums. Wenn man nun, daß jede dieser Ausgabenstellen den geringsten herauszugeben, so bedeutet dieses eine Schlußsumme von über 3000 Millionen für diesen kleinen Bezirk aus unserem deutschen Vaterlande. Ebenso reichhaltig wie diese Gesamtaufgabe ist auch die Ausführung dieser Scheine. Von den primitivsten Scheinen, hergestellt mit der Schreibmaschine, bis zum vollkommensten Kunstwerk haben wir sie damals in unseren Briefkästen gehabt. Und wiederum ist es ein Zeichen unserer Zeit, daß diese auf Schicht unkontrollierbaren Ersatzgeldzeichen von Handel und Industrie willig in Zahlung genommen wurden. Daß sich dieser Zustand auch die Fälscher zu Nutze machten, ist nur zu begreiflich. Haben wir doch Fälschungen von mustergetreuer Raffinesse bis zu plumpsten Ausfertigungen. Ja selbst schwebelartige Unternehmungen mit hochentwickelten Apparaten gaben eigene Wertzeichen heraus.

In Nachfolgendem soll kurz auf die verschiedenen Arten des Inflationsgeldes eingegangen werden. Die natürlichste Form von Ersatzgeldzeichen ist wohl die der überbrachten Scheine. Zum größten Teil handelt es sich hier um eichbankmäßige, die von Banken

oder Privaten auf die Reichsbank gezogen wurden. Diese Art von Notgeld finden wir hauptsächlich im Sauerland und im Bergischen. Im Sauerland finden wir eigens dazu gedruckte Notgeldscheine. Weniger große Firmen gaben anfangs einfache weiße Scheine aus, auf denen handschriftlich oder maschinenschriftlich die Annahme auf irgend eine Summe stand. Die Heimat dieser sogenannten Provisorien ist das Ruhrgebiet zwischen Hagen und Hattingen. Diese Arten von Scheinen hatten nur eine kurze Lebensdauer. Sie wurden bald eingezogen und durch gedruckte Scheine ersetzt. Den einfachsten Ausdruck finden wir hauptsächlich in der Wittenberger Gegend. Papier und Ausführung lassen da viel zu wünschen übrig. Orte, an denen größere Druckereien anständig waren, ließen ihre Ersatzgeldzeichen sofort drucken. Auf wertpapiererhaltende Ausführung hatte man der Eile wegen sofort verzichtet. Doch hatte man allmählich gelernt. Man ging deshalb schon stellenweise zum Buchdruck über. Große Firmen, die sich früher schon mit dieser Materie befaßt hatten, mandierten von vornherein den Kunstdruck an. Zum Schutze gegen Fälschungen wurden die Scheine auf Wasserzeichen oder ein eigenes Wasserzeichen, z. B. Deutsch-Lux, Thibissen usw. Die letzten Scheine, die uns die Inflation bescherte, stehen mit wenigen Ausnahmen auf wertpapiererhaltender Höhe.

Viele Leute sind dazu übergegangen, diese Ersatzgeldzeichen zu sammeln. In großen Sammlerverbänden sind sie heute wohl organisiert. Notgeldkataloge wollen genaue Uebersicht über das erscheinende Notgeld verschaffen. Stattlich ist schon die Reihe der Notgeldliteratur geworden. Wissenschaftlich gehaltene Fachzeitschriften bringen dem Sammler alles Wissenswerte und Wissenswertes vom Notgeld. Auch der Nichtsammler hält sich gern solche Inflationsscheine, damit spätere Generationen von unserem Elend berichten können. Das Notgeld ist als ein kulturhistorisches Dokument von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

S. Wiethoff.

Gerichtszeitung.

Die Geschichte einer Gefangeneneinweisung.

s. Essen, 5. Mai. Im Oktober v. J. sollte der Belgienhändler Willy Lenthof, der von der Essener Straßmann wegen Schleicherei zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt worden war, zur Verbüßung seiner Strafe in das Zentralgefängnis nach Bochum überführt werden. Der Transport erfolgte im Kraftwagen und wurde durch zwei Essener Kriminalbeamte geleitet. Auf der Fahrt, die über Steele von Hattingen ging, hielt das Auto mehrfach an Gastwirtschaften an; angeblich hatte der Chauffeur an dem ziemlich abgebräunten Wagen Reparaturen vorzunehmen, die längere oder kürzere Zeit in Anspruch nahmen. Die Ankunft in Bochum erfolgte in den ersten Nachmittagsstunden. Bevor die Einlieferung in das Zentralgefängnis erfolgte, hat der Häftling, noch ein Caféhaus aufsuchen zu dürfen, um eine Stärkung zu sich nehmen zu können. Und so wurde in der Gastwirtschaft Siedemann abgetrieben. Man unterhielt sich eine Zeitlang, nahm in dem Gesellschaftsraum Platz, trank zur Abwechslung auch an der Theke ein Glas Bier und schließlich war auf einmal der Arrestant verschwunden. Nach etwa 10 Minuten wurden die Polizeibeamten darauf aufmerksam, daß sie allein auf weiter Flur standen. Nun ging die Frage nach dem entflohenen Arrestanten los. Das ganze Haus wurde von oben bis in den Keller untersucht. Nirgends konnte der Vermisste gefunden werden. Inzwischen war der Häftling über alle Berge und ist vermutlich über die Grenze nach Holland entkommen. Lebensfalls ist er bislang nicht wieder zum Vorschein gekommen. Für das Entweichen des Arrestanten wurden die beiden Kriminalbeamten nach und nach, die den Transport zu beaufsichtigen hatten, verantwortlich gemacht. Sie standen jetzt unter der Anklage der vorläufigen Gefangeneneinweisung vor dem großen Schöffengericht. Die Angeklagten bestritten mit aller Entschiedenheit, dem Lenthof zur Flucht verholfen zu haben. Sie wollen vielmehr erst auf die Flucht aufmerksam geworden sein, als der Gefangene schon heimlich sich aus dem Saal gemacht hatte. In der Verhandlung traten Zeugen auf, die zurzeit der Entweichung in dem Caféhaus anwesend waren. Ihre Entwürfe, die sie von dem Vorgang gewonnen hatten, lauten für die Angeklagten nicht unbedingt günstig. Das Gericht kam zu der Auffassung, daß nicht festzustellen sei, ob der Lenthof, der die Angeklagten den Häftling vor sich hatten, hätten entweichen lassen. Im Schlußwort betonten die Angeklagten noch einmal mit allem Nachdruck und in aller Form, daß sie nicht im geringsten den Gedanken gehabt hätten, dem Lenthof beizustehen oder zu helfen. Das Gericht billigte den Angeklagten mit Rücksicht auf ihre bisherige untadelhafte Dienstführung mildernde Umstände zu und erkannte auf je 1 Jahr Gefängnis. Gleichzeitig wurde der Beschluß verhängt, daß der Haftbefehl aufgehoben wird.

Neues von dem Planeten Neptun.

Der entfernteste Planet unseres Sonnensystems, der Neptun, lenkt augenblicklich die Aufmerksamkeit der Astronomen auf sich. Unter allen Planeten, die ihre Laufbahn um die Sonne vollenden, war der Neptun bis auf die letzte Zeit der geheimnisvollste. Man wußte zwar, daß der Neptun sich in einer Entfernung, die beinahe doppelt so groß ist als die zwischen Sonne und Erde, vom Mittelpunkt unseres Sonnensystems befindet, und es war auch bekannt, daß dieser Himmelskörper 164 Jahre braucht, um seinen ungeheuren Kreislauf zu vollenden. Den Astronomen war es jedoch trotz größter Anstrengungen nicht gelungen, den Zeitraum festzustellen, in dem sich der Neptun einmal um seine Achse dreht. Kein Wunder, ist doch dieser äußerste Planet unseres Sonnensystems von der Erde aus nur mit dem stärksten Teleskopen zu beobachten. Auf seiner ungeheuren Oberfläche ließ sich keine Veränderung feststellen, die irgendeine Bewegung des Planeten andeuten könnte. Man nahm im allgemeinen an, daß der Neptun, wie seine Planetenbeschreiber, die Venus, mit einer dicken Nebelwolke umgeben sei. Nun kommt aus Dordrecht die Nachricht, daß es dort zwei Gelehrten gelungen sei, das Problem zu lösen. Aus den Beobachtungen ergibt sich, daß der Neptun rund acht Stunden zu derselben Bewegung braucht, die die Erde in vierundzwanzig Stunden vollendet. Ein Tag dauert auf dem Neptun nur acht Stunden; ein Neptuntag ist demnach dreimal kürzer als ein irdischer Tag. Die Geschwindigkeit des Neptun, dessen Durchmesser 51 000 Kilometer beträgt, ist daher um gleich groß als die der Erde. Der Neptun hat nur einen Mond, der ungefähr so groß wie der Mond der Erde ist. Die Laufbahn, die dieser Reisegefährte des Neptun im Weltensystem vollendet, ist bis heute unbekannt.

Buntes Allerlei

* **Eine Universität an der Goldküste.** Die britische Regierung hat beschlossen, mit einem Kosten aufwand von 1/4 Million Pfund Sterling ein großes Universitätsgebäude an der Goldküste zu errichten, und zwar zu Gambia, auf einem 6 Quadratkilometer großen Platz, der etwa 12 Kilometer im Inland von Accra entfernt liegt. Diese Hochschule soll die Afrikaner, die eine wissenschaftliche Ausbildung erlangen wollen, eine europäische Uni-

Essener
Wilhelmstr.

Amtliche

Für droht Ausz.	Wohnort	Wohnort
Belgien	Frankr.	Kroat.
Norwegen	Dänem.	Polen
Österreich	Frankr.	Polen
England	Frankr.	Polen
Amerika	Frankr.	Polen
Schweiz	Frankr.	Polen
Spanien	Frankr.	Polen
Österr.	Frankr.	Polen
Tsch.-Slow.	Frankr.	Polen
Ungarn	Frankr.	Polen

Bei den Dev.
Kopenhagen, St.
Prag 10 Einheiten

Wertbeur.
Ergebnisse ein-
tages haben
leihen ausgem.
Frankfurt a.
Berg, Köln, in
Bauhen und
trug 395 600
melde alle
lenveranlagten
Mannheim mit
leihen entfallen
t. W., Geldbe-
sch. in d. d. d.
metern. Reiss-
goldanleihe von
(279 000 Gold-
funden sich
in Umlauf, Mei-
burg, Würzburg,
Stuttgart, Hel-
Geldanleihe

* **Dr. Perner**
narralirer der
Erkrankung die
Der Aufschrieb
ern nach 10jähr.
Kleine entpfer-
mit dem Vorst.

w. Das St.
über den Monat
erlitt im Monat
auf dem Welt
beim Aufschrieb
Ausfall. Nach-
die Läger in de
haben, hat das
zweiten Hälfte
nachgelassen. Di-
sen hält indes
angekündigt und
angekündigt kan-
prompt geliefert
zent unter den
Stichtagbänge
der Markt für
sen. Auch der
allenfalls sch-
wahrscheinlich
Anspruch an Wa-
wären. Außerde-
die Verbrauchs-
April zu Ende.

* **Eigen-Sol**
trostlichwerd der
sen) ist fertigge-
zu je 15 Tonnen
selbst neben dem
tollengrube, von

verfügt zu be-
gewahren. Als
Weiter des Trini-
fer ausersuchen
ford und ande-
wählt hat. Un-
allein die Sel-
herangezogen w-
richtig werden.
medizinische Ge-
in Accra ist, in
nische Kranken-

d. Falls be-
des großen Ge-
Kassan in der
scheidung war
zierliche, in ein-
das durchgeführ-
die etwas lüft-
langen Strähne
leide Haar lie-
fest schließ-
allgemeine Auf-
es denn auch ein
burger Tor her-
etwas absonder-
nen. Zuna, der

